



HESSISCHER LANDTAG

07. 12. 2021

INA

Berichtsantrag

Fraktion der SPD

Bundesweite Störung von Notrufnummern – Konsequenzen für Hessen

Am frühen Morgen des 11. November kam es bundesweit zu massiven Störungen der Notrufnummern. Wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mitteilte, kam es zu flächendeckenden Ausfällen der Notrufnummern 110 und 112; Polizei und Feuerwehr waren in vielen Fällen nur noch unmittelbar über die örtlichen Dienststellen erreichbar. In Hessen war unter anderem Frankfurt am Main erheblich durch die Ausfälle betroffen. Bereits am 29. September 2021 war es in Hessen zu weitreichenden Ausfällen der Notrufnummern von Polizei und Feuerwehr gekommen und diese über Stunden nicht erreichbar. Als Grund wurde hier eine bundesweite Störung des Telekom-Netzes angeführt, dessen Ursache sich zunächst nicht abschließend aufklären ließ. Aufgrund der möglichen unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben der hessischen Bevölkerung gilt es daher, die Notrufinfrastruktur des Landes bedarfsgerecht auszustatten und nachhaltig zu gewährleisten

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was waren die Gründe bzw. Ursachen für den Ausfall (von Teilen) der Notrufinfrastruktur in Hessen am 11. November 2021?
2. Was waren die Gründe bzw. Ursachen für den Ausfall (von Teilen) der Notrufinfrastruktur in Hessen am 29. September 2021?
3. Sind der Landesregierung zusätzlich zu diesen Vorfällen weitere Vorkommnisse bekannt, im Rahmen derer die Notrufinfrastruktur in Hessen (in Teilen) ausgefallen ist bzw. nicht zur Verfügung stand?
Wenn ja, welche?
Was waren hier die Gründe und Ursachen?
4. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen aufgrund des Ausfalls (von Teilen) der Notrufinfrastruktur dringliche Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdiensten nicht bzw. nicht zeitgerecht durchgeführt werden konnten?
Wenn ja, wie viele?
Was waren hier die Gründe und Ursachen?
5. Sind der Landesregierung diesbezüglich Fälle bekannt, in denen es durch Verzögerungen in der Melde- bzw. Rettungskette zu Überschreitungen der vorgegebenen Hilfsfristen gekommen ist?
Wenn ja, wie viele?
Was waren hier die Gründe und Ursachen?
6. Wie gestaltete sich in den unter 1. und 2. genannten Ausfällen der Notrufinfrastruktur die Kommunikation und Interaktion zwischen der Landesregierung und den zuständigen kommunalen Stellen und Ansprechpartnern?
7. Warum hat das Lagezentrum auf den (Teil-)Ausfall der 26 nicht-polizeilichen Rettungsleitstellen nicht durch Herausgabe einer Bevölkerungswarnung der höchsten Priorität reagiert?
8. Wie und durch wen gedenkt die Landesregierung in Zukunft sicherzustellen, dass das Lagezentrum im Falle eines bundesweiten Ausfalls der Notrufinfrastruktur unverzüglich informiert wird?

9. Wie und durch wen gedenkt die Landesregierung in Zukunft sicherzustellen, dass eine zeitnahe Bevölkerungswarnung gewährleistet wird, wenn eine von einer Leitstelle angewiesene Bevölkerungswarnung für die jeweilige Gebietskörperschaft bislang erst mit 45 Minuten Verzögerung veröffentlicht wird?
10. Wie gestaltet sich die Weitergabe der unter 8. und 9. bezeichneten Informationen an die zuständigen Rettungsleitstellen sowie Feuer- und Rettungswachen?
11. Welche Notfallkonzepte wurden hierdurch durch das Lagezentrum des Landes Hessen erarbeitet?
12. Wie wurde und wird gewährleistet, dass Einsatzkräfte vor Ort unter den genannten Umständen die für sie relevanten und einsatzspezifischen Informationen für einzelne Einsatzmeldungen zeitnahe erhalten?
13. Wie wurde und wird die Bereitschaft der Feuerwehren unter den genannten Umständen insgesamt gewährleistet und wie wurden die Feuerwehrehäuser einsatzangemessen besetzt?
14. Welche (ggf. zusätzlichen) Kosten sind durch die Bereitstellung (ggf. zusätzlich benötigter) Bereitschaftskräfte entstanden?
15. Welche gezielten Maßnahmen plant die Landesregierung in Zukunft zu ergreifen, um einen wiederholten Ausfall der Notrufinfrastruktur in Hessen nachhaltig zu verhindern?
16. Welche technischen bzw. infrastrukturellen zusätzlichen Maßnahmen sind hierfür ggf. notwendig und plant die Landesregierung, diese (zeitnah) umzusetzen?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?

Wiesbaden, 7. Dezember 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph